



Infobrief September 2010



**Liebe
Wandsbekerinnen,
liebe Wandsbeker,**

mit unserem Infobrief bieten wir Ihnen die Möglichkeit, sich über unsere Arbeit zu informieren. Kommunalpolitik soll und muss die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger verbessern.

Dies kann nur im Austausch mit Ihnen erfolgen, deswegen bieten wir Ihnen mit dieser kleinen Veröffentlichung auch die Möglichkeit, mit uns in einen Dialog einzutreten.

Ihr Thomas Ritzenhoff

Inhaltsverzeichnis

- Bezirksversammlung am 2. September 2010
- Elterngeld pünktlich zur Einschulung
- Straßensozialarbeit muss zurück auf die Straße
- Ein StadtAuto für Hamburg

Impressum:
SPD-Fraktion in der
Bezirksversammlung Wandsbek
Schloßstraße 12
22041 Hamburg
ViSdP: Ulrike Nickel

Bezirksversammlung am 2. September 2010

Nach der Sommerpause findet die erste Sitzung der Bezirksversammlung am 2. September statt. Die SPD bringt vier Anträge in die Beratungen ein:

- Anfahrtschäden an Brücken im Bezirk Wandsbek wirksam verhindern
- Ein StadtAuto für Hamburg
- Straßensozialarbeit muss zurück auf die Straße
- Bebauungsplanentwurf Poppenbüttel 40 - Strengesiedlung

Das Thema der Beleuchtung von Verbindungswegen wird mit Hilfe

einer großen Anfrage bearbeitet, die die SPD-Bezirksfraktion eingereicht hat. Hier hat das Bezirksamt Wandsbek im Gegensatz zu den anderen Bezirken keine Maßnahmen angemeldet und die SPD-Bezirksfraktion fragt nach, warum das so ist.

Zur aktuellen Stunde ist das Thema "Elterngeld zur Einschulung" angemeldet, hier geht es um die Frage, warum die Elterngeldstelle des Bezirkes solange braucht, bis die Anträge auf Elterngeld abgearbeitet sind.

Elterngeld pünktlich zur Einschulung??

Es gab es in den Hamburger Medien Berichte darüber, dass die Elterngeldstelle des Bezirkes Wandsbek mit erheblicher Verzögerung arbeitet. Die Ursache sind seit beinahe einem Jahr andauernde Krankheitsfälle.

Viele Eltern und insbesondere Alleinerziehende sind auf eine zügige Bearbeitung und Auszahlung des Elterngeldes angewiesen und können nicht Monate auf dessen Zahlung warten. Es hat Fälle gegeben, in denen Familien Kredite aufnehmen mussten, um den finanziellen Engpass zu überwinden.

Die SPD-Bezirksfraktion hat mit zwei kleinen Anfragen versucht, das Thema zu hinterfragen. Dabei ist letztlich heraus gekommen, dass das Problem im Bezirksamt zwar bekannt ist, aber dass nicht

mit Nachdruck an einer kurzfristigen und kundenfreundlichen Lösung gearbeitet wird. Hier zeigt sich wieder, dass Bürgernähe seit einiger Zeit im Bezirksamt Wandsbek keinen hohen Stellenwert hat.

Dabei sollten doch insbesondere junge Familien die finanzielle Unterstützung bekommen, die ihnen zusteht, damit sie sich um sie benötigen, um sich ganz dem Nachwuchs widmen zu können.

Die SPD-Bezirksfraktion setzt sich dafür ein, dass hier möglichst rasch eine unbürokratische Lösung gefunden wird, damit die über 700 noch nicht beschiedenen Anträge umgehend abgearbeitet werden und die jungen Eltern sich nicht mehr um die Auszahlung ihres Elterngeldes sorgen müssen.

Straßensozialarbeit muss zurück auf die Straße

Unmittelbar vor der Sommerpause ist bekannt geworden, dass im Bezirksamt Wandsbek eine unbesetzte Stelle der Straßensozialarbeit Steilshoop ohne Beteiligung der zuständigen Gremien in eine Controlling-Stelle im Jugendamt umgewidmet wurde. Hintergrund ist die Tatsache, dass die StraSo-Stelle bereits seit längerer Zeit unbesetzt war. Aufgrund der erfolgreichen Arbeit des vorhandenen Straßensozialarbeiters in Steilshoop konnten die Steilshooper Probleme offenbar mit nur einer Stelle weitgehend bearbeitet werden.

Da der derzeitige Straßensozialarbeiter in

Steilshoop jedoch in absehbarer Zeit in Rente gehen wird, wird es auf jeden Fall einen Wechsel in der Stellenbesetzung geben. Um eine Kontinuität der Arbeit zu erreichen, wäre es durchaus wünschenswert, den Nachfolger bzw. die Nachfolgerin so rechtzeitig einzustellen, dass eine Einarbeitungszeit durch den heutigen StraSo erfolgen kann. In dieser Situation erscheint die Umwidmung der Stelle fahrlässig.

Unverständlich erscheint das Vorgehen des Bezirksamtes auch vor dem Hintergrund, dass die Bezirksversammlung Wandsbek in der Vergangenheit mehrfach Beschlüsse gefasst hat mit dem Anliegen an die

Bezirksamtsleitung, aus frei werdenden bzw. offenen Stellen im Bezirksamt dringend mindestens eine Stelle für eine mobile Straßensozialarbeit zu schaffen. Grund hierfür waren die immer wieder kehrenden gravierenden Probleme mit Jugendlichen an verschiedenen Stellen des Bezirkes, die durch die vorhandenen Angebote der Jugendhilfe nicht ausreichend erreicht werden können (z.B. aktuelle Situation rund um die Begegnungsstätte Bergstedt). Diese Beschlüsse der Bezirksversammlung wurden nicht umgesetzt, obwohl ganz offensichtlich Ressourcen im Bereich StraSo vorhanden waren.

Ein StadtAuto für Hamburg

Nach bisher unbestätigten Meldungen plant die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt im kommenden Jahr ein Ausleihsystem für Kleinwagen für den Großraum der Stadt Hamburg einzuführen. Bereits in einigen Städten wie Kiel oder Ulm haben sich Car-Sharing oder pfiffige einfache Ausleihsysteme für die gemeinsame Nutzung von PKW bewährt.

Eine unbürokratische Nutzung eines Leihautos könnte viele Bürger zum Verzicht auf das eigene Auto animieren, zumal die Parkplatznot den Autobesitzern das Leben schwer macht. Autofahrer die sich ein Fahrzeug teilen, fahren im Schnitt 40% weniger als mit dem eigenen Auto. Ein richtiger Schritt also für den Klimaschutz.

Im Rahmen des Projekts Umwelthauptstadt 2011 wäre ein unkomplizierter Autoverleih in der Metropolregion Hamburg ein

Schritt in die richtige Richtung. Das neue Ausleihsystem könnte mit bestehenden Systemen, wie z. B. dem StadtRad oder anderen Car-Sharing-Projekten kombiniert werden, um ein flächendeckendes Netz zu erhalten.

In einem weiteren Schritt könnte dann über den Einsatz von Elektrofahrzeugen nachgedacht werden, damit der Klimaschutz noch einen weiteren Impuls erhält. Die SPD-Bezirksfraktion setzt sich dafür ein, dass in Hamburg ein solches System eingeführt wird und dass Wandsbek auf jeden Fall auch Ausleihstationen bekommt und möglicherweise an einer Erprobungsphase teilnimmt. Die Bezirksamtsleitung wird gebeten, sich beim Senat für das StadtAuto stark zu machen, damit Wandsbek anders als beim StadtRad von Anfang an mit von der Partie ist und als größter Bezirk nicht erst in einem der späteren Schritte

überhaupt Ausleihstationen bekommt.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die CDU einen Antrag zum StadtRad in die Sitzung der Bezirksversammlung einbringt, mit dem beschlossen werden soll, an welchen Wandsbeker Stationen zukünftig StadtRäder ausgeliehen werden können. Diese Stationen stehen allerdings schon fest und wurden vom Senat in einer kleinen Anfrage eines Bürgerschafts-abgeordneten benannt. Jetzt stellt sich die Frage, ob die Wandsbeker CDU dem Senat der eigenen Partei nicht traut oder warum schon bekannte Sachverhalte noch einmal beschlossen werden sollen. Begrüßenswert ist es auf jeden Fall, dass das StadtRad nach Wandsbek kommt, damit auch die Wandsbekerinnen und Wandsbeker endlich dieses Verkehrsmittel sinnvoll nutzen können.